

Kiel, 18.11.2009

## Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn

### TOP 20, Mitbestimmung von Studierenden und SchülerInnen

Martin Habersaat:

#### Für Interessenvertretung muss Zeit bleiben!

Die Schülerinnen und Schüler sowie die Studierenden protestieren schon seit Wochen; gestern waren 80.000 auf den Straßen, Anfang Dezember soll eine bundesweite Aktionswoche stattfinden. Diese Proteste schließen sich an Aktionen im vergangenen Jahr und im Frühjahr 2009 an, weil die Schüler und Studierenden bisher keine konkreten Reaktionen auf ihre Aktionen wahrnehmen konnten.

Und auch, was gestern hier passierte, lässt sich kaum als konkrete Reaktion werten: Die Studenten protestieren, und Vertreter aller Landtagsfraktionen, ich ja auch, begrüßen die Proteste und erklären sich solidarisch. Und nun?

Wir halten nicht jede Forderung, die bei diesen Aktionen erhoben wird, für richtig, aber wir unterstützen es, dass die Studierenden und die Schüler für ihre Interessen aktiv werden. Größere Probleme hätten wir, wenn junge Menschen nicht mehr für ihre Interessen eintreten würden. (Und auch solche wurden in den vergangenen Tagen an Universitäten und Schulen interviewt.)

Schleswig-Holstein ist unter der Verantwortung von vier sozialdemokratischen Kultusministerinnen **bundesweit ein Vorreiter der Mitbestimmungsrechte** auf allen Ebenen, gerade auch im Bildungssystem geworden:

- Es gibt in unserem Land starke Schülerinnen und Schülervertretungen auf Landes-, Kreis- und Schulebene;
- es gibt Schülervertreter im Landesschulbeirat;
- es gibt eine drittelparitätlich aus Vertretern der Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern zusammengesetzte Schulkonferenz.

Anders als in mehreren unionsgeführten Bundesländern wurde in Schleswig-Holstein die Existenz der verfassten Studierendenschaft mit weitgehenden Kompetenzen einschließlich Beitragshoheit nie in Frage gestellt, und auch die Vertretung der Studierenden in den Kollegialorganen wie dem Senat geht sehr weit. (Vor einer Illusion lassen Sie mich warnen: Das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts setzen dem weiteren Ausbau der Mitbestimmung Grenzen; eine Drittelparität in den Hochschulorganen ist im Hinblick auf die Freiheit von Lehre und Forschung ausgeschlossen.)

Wir haben die Autonomie der Hochschulen mit sehr weiten Spielräumen ausgestattet.

Was wir nicht wollen, sind **Experimentierklauseln**, die es den Hochschulen freistellen würden, unter dem Denkmantel einer effizienten Verwaltung mit schnellen Entscheidungen, Mitbestimmungsregelungen außer Kraft zu setzen; und das gilt nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit Recht betont der Antrag der GRÜNEN, dass gesellschaftliches Engagement auch zeitintensiv ist. Die Studienorganisation nach Bologna hat die Möglichkeiten für eine längerfristige Mitarbeit im AStA sicher erschwert. Hier wäre eine **Bestandsaufnahme** sicher hilfreich, die wir über den Bildungsausschuss bei den Studierendenvertretungen abfragen und erörtern sollten. Es darf natürlich nicht soweit kommen, dass sich die In-

teressenvertretung der Studierenden auf diejenigen beschränkt, die es sich dank elterlichem Vermögen oder großzügigen Stipendien leisten können, ein oder zwei Semester dranzuhängen.

Einige weitere Fragen sollten wir sorgfältig klären:

- Sehen wir Bildung primär als ökonomisches Gut oder als Menschenrecht?
- Sind übervolle Stundenpläne an unseren Schulen und starre Stundenpläne an den Universitäten wirklich das, was wir uns wünschen?
- Reicht ein Bachelor-Abschluss heutiger Prägung, wenn man damit weder weiterstudieren noch einen Job finden kann?
- Falls nein: Wie entwickeln wir diesen Abschluss weiter?
- Warum werfen die GRÜNEN die aufgrund ihrer Beitragshöhe finanziell gut ausgestatteten ASten und die Schülervertretungen in einen Topf?

Der Antrag der GRÜNEN geht nach unserer Überzeugung in die richtige Richtung. Ich halte es aber für nötig, dass wir uns über die genaue Formulierung im Bildungsausschuss unterhalten und dabei vielleicht auch eine fraktionsübergreifende Formulierung finden werden.

Ich beantrage Ausschussüberweisung.